

Berlin, 14. November 2006

**Hat das »Weimarer Dreieck«
noch eine Zukunft?**

**Herausforderungen für
Politik und Kultur**

**Zehntes deutsch-polnisches
Podiumsgespräch**

mit
Georg Boomgaarden
Claude Martin
Marek Prawda
und als Moderator
Jürgen Vietig

Dokumentation des überarbeiteten
Podiumsgesprächs

Deutsches Polen-Institut
in Zusammenarbeit mit dem
Centre Marc Bloch, Berlin



Begrüßung

Einen schönen guten Abend meine Damen und Herren, sehr verehrte Frau Präsidentin Süßmuth, Herr Staatssekretär, Exzellenzen, meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Gäste. Als Hausherr hier im Europäischen Haus freue ich mich ganz besonders, dass Sie heute Abend Gast bei uns sind.

Es ist ein besonderes Ereignis, wenn eine intergouvernementale Kooperation wie das »Weimarer Dreieck« bei der Kommission, dem Motor der Integration, eine Veranstaltung zu diesem wichtigen Thema abhält. Wie wichtig das ist, zeigt sich daran, wie zahlreich Sie heute Abend zu uns gekommen sind.

Ich freue mich, dass wir gerade zu einer Zeit, in der wir in Brüssel intensive Gespräche über die Zusammenarbeit mit Drittländern führen, in dieser Veranstaltung zusammengekommen sind. Wenn ich daher über das »Weimarer Dreieck« spreche, dann fallen mir manchmal die ein bisschen aus der Form gekommenen Dreiecke ein, die Salvador Dalí gemalt hat. Die Aufgabe heute Abend lautet deshalb, dieses Dreieck in ein mehr gleichseitiges Dreieck umzugestalten.

In der Tat stehen wir vor einer wichtigen Entscheidung in unseren Außenbeziehungen, was die Vertragsverhandlungen über das Partnerschaftsabkommen mit Russland angeht, und ich würde mir hier tatsächlich wünschen, dass die drei großen Länder Deutschland, Frankreich und

Polen, also das »Weimarer Dreieck«, eine Einigung erzielen, damit wir mit Hilfe dieser drei Länder eine gemeinsame Position in einer so wichtigen Frage einnehmen.

Ich bin daher sicher, dass Sie eine interessante Diskussion haben werden, und ich freue mich, dass Sie heute bei uns sind, auch wenn ich Sie gleich wieder verlassen muss. Ich möchte Frau Präsidentin Süßmuth, die Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts, bitten, das Wort zu übernehmen. Vielen Dank.

Dr. Gerhard Sabathil
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission
in Deutschland, Berlin



Begrüßung

Exzellenzen, verehrter Hausherr, Herr Dr. Sabathil, Staatssekretär Boomgaarden, ich spreche hier heute Abend in Vertretung des Direktors, Herrn Professor Dr. Bingen, der noch in Warschau ist, wo es ebenfalls um die deutsch-polnische Zusammenarbeit geht. Deshalb möchte ich Sie hier heute Abend, bevor die Diskussion beginnt, recht herzlich begrüßen. Wenn man so in den Saal schaut, hat man angesichts der großen Fülle den Eindruck, als sei es nicht wahr, dass sich Deutsche und Polen nicht füreinander interessieren.

Ich wünsche mir, dass das Interesse auch unserer politischen Repräsentanten und Entscheider am »Weimarer Dreieck« mindestens so groß wäre wie das der Jugend, die diesen Gedanken durchaus annimmt. Ich weiß, dass alles schwierig war und uns das, was über das Bilaterale hinausgeht, zu überfordern scheint. Aber das kann ja wohl nicht sein, schließlich sind wir alle Mitglieder der Europäischen Union. Es bedarf in der Tat in diesem Fall ganz besonders der Franzosen, der Polen und der Deutschen. Denn wer sich unsere Weltlage und unsere europäische Lage anschaut, der weiß, welche große Verantwortung wir zurzeit haben, damit Züge nicht aufeinander fahren. Wir müssen gemeinsam versuchen, Probleme zu lösen. Wichtig ist, Vertrauen zueinander zu haben und dort, wo das Vertrauen Risse hat, es wieder herzustellen. Das aber kann nur über Begegnungen gelingen.

Bevor nun gleich seine Exzellenz, der Botschafter Frankreichs, Herr Claude Martin, der Botschafter der Republik Polen, seine Exzellenz Herr Dr. Marek Prawda, und Herr Staatssekretär Georg Boomgaarden unter der Leitung von Jürgen Vietig diskutieren werden, möchte ich einfach noch einmal ganz kurz an die Anfänge des »Weimarer Dreiecks« erinnern. Hier stand nicht das 19. oder das 20. Jahrhundert Pate, sondern die Zeit unmittelbar nach 1989/90, also eine politisch ganz neue Konstellation. Damals, am 28. August 1991, haben die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski dort, wo Johann Wolfgang Goethe wirkte, das »Weimarer Dreieck« aus der Taufe gehoben und damit eine trilaterale Zusammenarbeit begründet. Dieses ins Leben gerufene »Weimarer Dreieck« ist, wie schon gesagt, nicht mit den klassischen Achsen des 19. und 20. Jahrhunderts zu vergleichen. Welches waren nun besonders spektakuläre Ergebnisse dieses Dreiecks? Dazu gehörte sicherlich 1993 der gemeinsame Brief des deutschen und französischen Außenministers an die Luxemburgische WEU-Präsidentschaft mit der Forderung, Polen und anderen mitteleuropäischen Ländern eine assoziierte Partnerschaft anzubieten. Polen und weitere acht ostmittel- und südosteuropäische Staaten wurden wenig später, im Mai 1994, als assoziierte WEU-Partner aufgenommen. Angesichts der Tatsache, wie schnell es dann weiterging mit der Einbeziehung in die NATO, wünschte ich mir, dass auch heute wieder so verhandelt wird wie damals. Dann würden wir manches Problem schneller lösen.

Deswegen möchte ich heute Abend wünschen und hoffen, dass es nicht nur Anfang Dezember 2006, wie jetzt fest geplant, doch zum Treffen der drei Regierungschefs kommt, sondern dass es dabei einen kräftigen Schub nach vorne geben wird. Tritt dieser nicht ein, sollten wir immerhin schon zufrieden sein, dass sie sich wieder treffen. Denn das Wichtigste ist, dass die Beteiligten miteinander sprechen; eine nächste Begegnung wird es dann automatisch geben. Ich wünsche uns einen guten Abend.

Prof. Dr. Rita Süssmuth
Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts



Von links: Georg Boomgaarden, Marek Prawda, Jürgen Vietig und Claude Martin

Vietig: Frau Präsidentin, Exzellenzen, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren, ich darf Sie ebenfalls herzlich zum 10. deutsch-polnischen Podiumsgespräch begrüßen, das das Deutsche Polen-Institut in Zusammenarbeit mit dem Centre Marc Bloch veranstaltet. »Hat das ›Weimarer Dreieck‹ noch eine Zukunft? Herausforderungen für Politik und Kultur« lautet das Thema, das wir heute Abend diskutieren wollen. Wir, das heißt zu meiner Linken der französische Botschafter Claude Martin, seit 1999 in Deutschland, zuvor unter anderem Gründungsmitglied des Planungstabes im französischen Außenministerium und Botschafter in Peking. In einem Interview des TAGESSPIEGEL sagten Sie zur Rolle des »Weimarer Dreiecks«, es erfülle den Zweck, einen falschen Eindruck aus der Welt zu schaffen, nämlich dass es sich bei Polen um einen zweitrangigen Partner in Europa handelt. Zu meiner Rechten der polnische Botschafter Dr. Marek Prawda, seit September dieses Jahres in Berlin, vorher aber in den neunziger Jahren bereits an der polnischen Botschaft in Köln unter anderem als Gesandter tätig. Im Gespräch mit dem DEUTSCHLANDRADIO KULTUR beklagten Sie kürzlich, dass Deutsche und Polen früher das Gemeinsame gesucht hätten, nun aber Streitpunkte sammelten, vor allem in den Medien in Polen und in Deutschland. Und, last but not least, ebenfalls auf der rechten Seite Staatssekretär Georg Boomgaarden vom Auswärtigen Amt, seit 2005 in diesem Amt, zuvor auf Posten unter anderem in Moskau, Lateinamerika und Spanien. Ihr Minister beklagte am letzten Wochenende, dass manches vom Schwung der ersten Jahre nach 1990 in den deutsch-polnischen Beziehungen wieder verloren gegangen sei. Mein Name ist Jürgen Vietig, ich war Korrespondent für Radio und Zeitung in Warschau.

Wenn das »Weimarer Dreieck« keine Zukunft hätte, so hätten sich – könnte man sagen – nicht so viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu der heutigen Veranstaltung angemeldet. Und doch dürften bei vielen die Zweifel mindestens so groß sein wie die Hoffnung. Wir erinnern uns, dass das zum 15. Jahrestag in Weimar geplante Gipfeltreffen platzte – eine Erkrankung, so hieß es offiziell, machte die Teilnahme des polnischen Präsidenten unmöglich. Acht ehemaligen Außenministern der Republik Polen war diese Begründung nicht ausreichend. Nun soll Anfang Dezember das Gipfeltreffen nachgeholt werden. Ist dieses Gipfeltreffen – so wie auch Sie, Frau Süßmuth, meinten – wirklich so sicher, wie wir es jetzt annehmen?

Martin: Sie haben ein Zitat von mir erwähnt, das Gespräch mit dem TAGESSPIEGEL am 14. Juli. Ich erinnere mich noch an die Umstände.

Der Journalist wollte, dass an unserem Nationalfeiertag der Botschafter von Frankreich viel von der Grande Nation spricht. Ich habe ihn überrascht und gesagt, dass ich über Polen sprechen werde nach dem Scheitern des Treffens in Weimar. Und ich habe ganz einfach gesagt: Ich denke heute an Polen, unseren Freund. Es tut mir leid, dass das »Weimarer Dreieck« nicht mehr funktioniert. Wir brauchen es. Wir brauchen Polen in der EU, aber man muss auch Polen verstehen. Polen hat offenbar heute Schwierigkeiten damit, die Situation in der EU und auch das »Weimarer Dreieck« zu begreifen.

Man muss sich natürlich daran erinnern, wie das »Weimarer Dreieck« gegründet wurde. Ich war zu der Zeit nicht dabei, ich war Botschafter in Peking. Aber ich war jeden Tag an den Nachrichten aus Europa interessiert. Für mich war das eine tolle Idee, die beste, die die Europäer je gehabt haben: Frankreich und Deutschland streiten sich nicht mehr über das polnische Problem, sondern helfen Polen, der EU beizutreten. Das war die ursprüngliche Idee. Deswegen befinden wir uns heute in einer neuen Situation. Wir haben dieses Ziel erreicht. Polen ist Mitglied der EU, es ist auch schneller beigetreten als gedacht, dank Frankreich und Deutschland. Wir haben Polen geholfen, und Polen hat natürlich auch sich selbst geholfen, schnell beizutreten. Aber jetzt müssen wir neu erfinden, wozu das »Weimarer Dreieck« noch überlebt hat. Wozu brauchen wir es heute? Wir sind 25 Mitglieder in der EU, bald 27, und diese Zusammenarbeit unter drei Ländern schafft viele Probleme für andere.

»Für mich war das Weimarer Dreieck eine tolle Idee, die beste, die die Europäer je gehabt haben: Frankreich und Deutschland streiten sich nicht mehr über das polnische Problem, sondern helfen Polen, der EU beizutreten.«

Claude Martin

Andere Partner in Europa, die heute auch Mitglieder der EU sind, haben sich beklagt, warum es kein Dreieck mit Ungarn, mit Tschechien oder mit der Slowakei gibt. Das kann man auch verstehen. Es muss heute deutlich erklärt werden, warum wir für Deutschland, Frankreich und Polen dieses Dreieck brauchen.

Vietig: Herr Botschafter Prawda, vielleicht nehmen Sie diese Frage gleich auf. Wird dieser Gipfel, der jetzt für Dezember geplant ist, womöglich

erste Antworten geben können? Wozu brauchen wir das »Weimarer Dreieck« jetzt noch, nachdem der eigentliche Zweck ja erfüllt ist?

Prawda: Wir haben gerade ein Treffen der Berater der Präsidenten und der Bundeskanzlerin in Berlin gehabt. Sie haben über das Programm des Treffens im Dezember gesprochen. Es ist tatsächlich so, dass das Dreieck für uns nach 1991 eine besondere Rolle auf dem Weg in die EU spielte. Auf diesem Weg hat sich die Konstruktion sehr bewährt. Wir sind jetzt EU-Mitglied. Außerdem besaß das »Weimarer Dreieck« einen besonderen Charme für Polen, weil es den Beginn des Prozesses eines Zusammenwachsens von zwei Teilen Europas darstellte. Ich glaube auch, dass heute diese zweite Aufgabe sehr aktuell ist. Heute haben wir einen Prozess, in dem zwei Teile des Kontinents zueinander finden. Deshalb glaube ich, dass wir hier ansetzen sollten, wenn wir über die künftige Rolle des »Weimarer Dreiecks« sprechen. Man hat in Polen an gewissen ritualisierten Formen dieser trilateralen Zusammenarbeit Kritik geübt. Aber eigentlich hat nie jemand in Zweifel gezogen, dass diese Zusammenarbeit für uns eine besondere Rolle spielte, dass sie Polen nobilitierte als einen gleichwertigen Partner, natürlich auf Zuwachs gerechnet. Es handelte sich um eine asymmetrische Konstellation, was ja angesichts der objektiven Unterschiede und Ziele der Kooperation völlig verständlich war. Aber keine kritischen Töne vermochten diese grundsätzlich positive Einschätzung der Rolle des Dreiecks in Frage zu stellen.

Nun haben wir in der Vergangenheit einiges erlebt. Wir dachten, wir würden einer homogenen europäischen Struktur beitreten. Dem war aber nicht ganz so. Wir wurden häufig vor eine Wahl gestellt, die wir nicht wollten, die für uns als ein Ding der Unmöglichkeit erschien. Daher sprachen wir manchmal von einer gewissen Bedrohung durch den Westen. Die Gefahr liegt darin, dass man jetzt im Westen eine andere Meinung zu einem Problem hat, das für uns offensichtlich scheint. Die Praxis, vor Entscheidungen gestellt zu werden, die so zwingend waren, dass sie keine Alternativen zuließen, hat Polen gewisse Probleme bereitet.

So wurde gelegentlich das »Weimarer Dreieck« auch zum Symbol dieses Dilemmas, in dem sich Polen befand, da es eine Wahl treffen musste, die es nicht wollte. Es gab bekanntlich in den letzten Jahren viele solcher Situationen, auch in Bezug auf die transatlantische Zusammenarbeit.

»Die Praxis, vor Entscheidungen gestellt zu werden, die so zwingend waren, dass sie keine Alternativen zuließen, hat Polen gewisse Probleme bereitet.«

Marek Prawda

Nun stellt sich die Frage: Was taugt die Trilaterale heute? Wir haben bereits gelernt, eine andere Meinung zu haben. Heute haben die Partner andere Optionen, aber wir können heute die Wahl bewusst treffen, zusammenzuarbeiten. Vielleicht gibt es substantielle Begründungen, miteinander im Gespräch zu bleiben. Vielleicht haben diese 15 Jahre Substanz einen politischen Habitus, kooperative Strukturen geschaffen, die sich einfach sedimentiert haben und für uns heute auch wichtig sein können. Darüber sollten wir in der Zukunft sprechen.

Vietig: Vielen Dank. Herr Staatssekretär, wie beurteilen Sie die Substanz? Ist sie wirklich so stark, dass Sie damit rechnen, dass von dem Gipfel Anfang Dezember neue Impulse für die trilaterale Zusammenarbeit ausgehen könnten?

Boomgaarden: In der Tat, damit rechne ich, und das hat auch einen guten Grund. Wenn Minister Steinmeier von dem Schwung sprach, den er sich wieder wünscht, dann hat er natürlich auf den Schwung des Anfangs angespielt. Der Schwung des Anfangs, wenn wir uns erinnern, war derjenige, dass Polen eigentlich als ein Motor der gesamteuropäischen Vereinigung wirkte. Wir hatten vorher eine westeuropäische Vereinigung, und wir hatten – da kann ich an das anknüpfen, was Botschafter Prawda gerade sagte – auch eine westeuropäische Perspektive. Es gab ja Menschen, die, wenn sie Europa sagten, meinten, es ende an der Oder oder vielleicht sogar an der Elbe. Die Gewöhnung im Westen daran, dass Europa sehr viel weiter reicht als bis zur Elbe, war ja auch ein Prozess. Polen hat hierzu ganz maßgeblich beigetragen. Es hat gerade in unserem Lande bewusst gemacht, dass es zu Europa gehört, und zwar zu Kerneuropa, um dieses Wort hier mal zu benutzen. In diesem Moment war es eine fast natürliche Entscheidung, zu überlegen, dass der bisherige Motor, der die westeuropäische Vereinigung vorangetrieben hat, nämlich der deutsch-französische, ideal durch einen weiteren Motor, nämlich den der gesamteuropäischen Vereinigung, ergänzt werden kann – das natürlich im Bewusstsein, dass wir für Europa in Zukunft Polen brauchen werden und dass Polen sicher nicht nur Europa braucht, dass wir Polen brauchen werden als einen großen Faktor, der die gesamteuropäische Vereinigung weitertreibt. Diese Phase fiel zusammen mit der Phase der Diskussion und anschließend der Vorbereitung des Beitritts zum vereinigten Europa. Da diese Phase 2004 glücklich abgeschlossen werden konnte, stehen wir heute in der Tat auch vor neuen Aufgaben.

Die neue Aufgabe, in der ich ein großes Potential für das »Weimarer Dreieck« sehe, ist die, dass wir heute in der Union der 25 und demnächst der 27 Mitglieder institutionell nicht in der Lage sein werden, auf Tagungen in Brüssel Ideen zu entwickeln und zu diskutieren. Vielmehr muss in Brüssel zunehmend versucht werden, Entscheidungen herbeizuführen bzw. gut vorzubereiten. Heute regiert Brüssel zwar, ist aber kein Ideengeber. Doch als Ideengeber brauchen wir immer wieder neue Initiativen in ganz verschiedenen Zusammensetzungen. Das können auch mal Deutschland, Belgien, Luxemburg oder die Niederlande sein, das muss nicht jedes Mal Deutschland – Frankreich sein, aber natürlich ist die Tradition Deutschland – Frankreich eine sehr tiefgehende. Es muss vor allem auch einmal Deutschland – Polen sein. Deshalb ist das Dreieck Deutschland – Polen – Frankreich aufgrund der Vorgeschichte der europäischen Einigung eine aus meiner Sicht ganz ideale Kombination.

Es kommt darauf an, die westliche Perspektive mit der Perspektive der neuen Mitglieder zu verbinden. Wir haben immer noch unterschiedliche Perspektiven; in Weimar aber können wir diese Dinge zusammenbringen.

Ich glaube, der 15. Jahrestag ist dafür eine gute Gelegenheit, Ideen und Initiativen zu entwickeln, die das mitberücksichtigen. Ich habe hier große Hoffnungen, denn die demokratischen Ideen in Europa sind ja ganz stark von Polen aus beeinflusst worden. Die Französische Revolution hat in Polen eine Schwester gehabt. Ich glaube, auch hier sollten wir ruhig darauf hoffen und setzen, für das »Weimarer Dreieck« eine gute Zukunft zu sehen als Ideengeber für Europa.

»Es kommt darauf an, die westliche Perspektive mit der Perspektive der neuen Mitglieder zu verbinden.«

Georg Boomgaarden

Vietig: Danke schön. Herr Botschafter Prawda, ich darf doch noch einmal auf Ihre Äußerung zurückkommen, dass Polen sich sozusagen überraschend vor Wahlmöglichkeiten gestellt sah, die Polen so nicht erwartet hatte. Aber war es nicht tatsächlich in den letzten Jahren so, dass die Wahl eher in Richtung USA oder so genanntes Altes Europa ging? Dass Frankreich und Deutschland doch einen relativ ähnlichen, um nicht zu sagen gleichen Kurs in sehr wichtigen Fragen gefahren sind und Polen andere Antworten auf die Probleme gegeben hat?

Prawda: Ja, das war die Phase in der EU, wo Polen kurz vor dem Beitritt und direkt danach wirklich gelernt hat, eine andere Meinung zu haben

und auch der Sicherheitsfrage eine Priorität einräumte, die sie uns als das entscheidende Kriterium bei allen Wahlmöglichkeiten erscheinen ließ. Für Polen war es schwierig zu akzeptieren, dass das Fundament für

*»Manchmal schien es uns auch so, dass die Diagnosen, die in Europa in Bezug auf den Osten, auf Ostmitteleuropa entstanden, mit einem gewissen Muster behaftet waren, das den Osten als Quelle der Sorge und nicht so sehr als Quelle der politischen Ideen und kulturellen Identität sah.«
Marek Prawda*

die europäische Integration in einer skeptischen Haltung gegenüber der amerikanischen Präsenz bestehen sollte. Dabei stellte sich immer wieder die Frage der Aufnahme und Diagnose von Problemen, die wir in Europa hatten. Manchmal schien es uns auch so, dass die Diagnosen, die in Europa in Bezug auf den Osten, auf Ostmitteleuropa entstanden, mit einem gewissen Muster behaftet

waren, das den Osten als Quelle der Sorge und nicht so sehr als Quelle der politischen Ideen und kulturellen Identität sah.

An dieser Stelle würden wir auch ansetzen, um gemeinsam darüber zu debattieren, wo wirklich der Grund für unsere unterschiedliche Wahrnehmung liegt. Wir dachten, die Europäische Union braucht eine einigende Idee, braucht integrierende Erfahrungen. Es bestand eine gewisse Tradition, dass sich die Europäische Union nicht in der Weltpolitik engagieren wollte. Das wurde langsam zum Anachronismus. Man war mit der Zeit der Meinung, es könnte lohnend sein, sich in die Weltpolitik einzumischen ohne die Befürchtung, sich selbst zu schaden und der Welt nicht helfen zu können, sowie dass man eine gemeinsame Außenpolitik braucht. Die Erfahrung mit der Ukraine war zum Beispiel ein wichtiges, integrierendes Erlebnis für uns und für das Verständnis einer gemeinsamen Wahrnehmung dessen, was dort passiert. Ich kann mich erinnern, dass uns in der Zeit, zu der in der Ukraine alles begann, einer der Schriftsteller von dort sagte: Wenn ihr uns helfen wollt, dann sagt den Leuten im Westen einfach, dass wir da sind. »Ukraine matters« – das war die Botschaft, die sie uns geben wollten.

Wir hatten vor einigen Tagen Herrn Geremek hier in Berlin, der auch die friedliche Revolution Ende der achtziger Jahre als sinnstiftendes Ereignis unterstrichen hat. Wenn wir diese friedliche Revolution, wenn wir dieses Bedürfnis der Ukrainer, da zu sein, die Subjektrolle zu übernehmen, als sinnstiftend betrachten, dann können wir auch den Osten in anderem Licht sehen und werden nicht mehr solche Rezepte entwickeln wie zum Beispiel das Bemühen, die Flut der Arbeitskräfte aus dem Osten stoppen zu

wollen, oder die Vorstellung, dass es besser sei, Stabilität zu exportieren als sie zu importieren. Das ist ein Muster, bei dem der östliche Partner von vornherein auf eine Kategorie der Objekte reduziert wird. Deshalb habe ich über die Ukraine gesprochen, weil das ein positives Beispiel dafür war, wie Polen und Deutschland und Frankreich und Litauen, wie viele Länder das Problem in seiner eigentlichen Relevanz erkannt haben und auch, dass es hier einfach darum geht, dass die Partner wahrgenommen werden.

Frau Bundeskanzlerin Merkel hat am 3. Oktober in Kiel gesagt, sie wolle die DDR-Identität nicht in der Garderobe lassen, sondern mitnehmen und aus dieser Erfahrung auch Kraft schöpfen. Das ist doch eine Aufgabe, die wir zusammen lösen sollten, damit wir das im Entstehen begriffene Europa als eine neue Qualität betrachten, nicht als etwas, was einfach automatisch aus dem entsteht, was dazugekommen ist. Das erleichtert auch die Perzeption von Gefahren von außen oder von Problemen, die in der Welt auftreten. Auf diese Weise können wir uns auch dem Ziel der mentalen Aufnahme des Ostens nähern. Das erinnert uns an die eigentliche Legitimierung der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, die ja entstanden ist, um Kriege unmöglich zu machen und aus dem Freiheitsstreben Kraft zu schöpfen.

Vietig: Herr Botschafter, darf ich da gleich anknüpfen. Wieweit hat da Frankreich tatsächlich Polen als Impulsgeber gegenüber der Ukraine gesehen auf der einen Seite? Auf der anderen Seite hat es ja durchaus gerade aus französischem Mund scharfe Kritik an Polen gegeben, als es um die Frage der Teilnahme am Irak-Krieg auf Seiten der USA ging. Da hat einer Ihrer Minister gesagt, Polen hätte lieber schweigen sollen. Wie ist die Rolle, die Polen jetzt für die französische Politik spielt? Wo sind sozusagen die Plus- und die Minusseiten?

Martin: Wenn Sie sich die Umfragen in Frankreich anschauen, so sind die Werte, die das Image von Polen betreffen, sehr positiv. Mehr als 95 Prozent der Franzosen mögen die Polen, ja sie lieben sogar die Polen. Das hat historische Gründe. Vielleicht sind auch ein paar Liebesgeschichten darunter, und die Rolle von Maria Walewska ist natürlich zu erwähnen. Aber um wieder ernst zu werden, es war uns von Anfang an klar, dass es zwischen Polen, Frankreich und Deutschland Meinungsunterschiede gab, was die Rolle der EU angeht. Es war uns klar, dass zu dem Zeitpunkt, als Polen noch nicht Mitglied der EU war, aber beitreten wollte, die Ziele und die gesamte Wahrnehmung der Konstruktion Europas in Polen anders aussahen als unsere Vision der Sache.

Ich habe in Paris an den Verhandlungen mit Polen für die unterschiedlichen Abkommen teilgenommen, die schon vor dem Beitrittsabkommen eine Rolle gespielt haben. Die polnischen Delegationen haben uns immer gesagt, der Weg nach Europa ist der Weg zur Freiheit, der Weg zum Westen, und es wurde kein deutlicher Unterschied zwischen dem Beitritt in die EU und dem Beitritt in die NATO gemacht. Das hat uns gar nicht geärgert. Man liest von Zeit zu Zeit in der Presse, dass wir das kritisiert hätten. Wir haben dafür viel Verständnis gezeigt, weil man die Situation von Polen auch verstehen muss. Nach der Befreiung vom Kommunismus war es klar, dass Polen Freiheit wollte, und die NATO stellte für Polen auch einen Rahmen dar, in dem man die Freiheit besser verteidigen und bewachen konnte. Wenn wir zum Beispiel vom Verfassungsvertrag sprechen, ist es klar, dass Polen ein bisschen zurückhaltend ist, wenn man von Integration spricht, weil Polen natürlich befürchtet, ein Stück dieser Freiheit, die ihm so lieb ist, zu verlieren. Und wenn wir von dem großen Projekt der EU sprechen, spricht Polen lieber von Identität, von Tradition, von Kultur. Ich muss sagen, auch wenn wir von Zeit zu Zeit nicht zustimmen, achten wir das. Es klingt für die französischen Ohren vertraut, wenn wir von dieser Tradition, von dieser Unabhängigkeit sprechen. Wir haben deswegen auch für die polnische Haltung vielleicht mehr Verständnis als andere. Auf jeden Fall ist für uns Polen ein großes Land in Europa.

Als wir die schwierigen Verhandlungen in Nizza hatten, kam, bevor wir ein Abkommen erzielten – den Vertrag von Nizza – eine Idee auf den

Tisch: In Europa gäbe es sechs große Länder. Es wurde daher vorgeschlagen, dass wir jedem der sechs das gleiche Stimmengewicht geben, also dasselbe Gewicht für Deutschland, Frankreich, Polen,

Italien, Spanien und Großbritannien. Dann ist alles ein bisschen anders gelaufen, und beim Konvent und im Verfassungsvertrag hat sich schließlich eine andere Idee durchgesetzt, nämlich die Idee der doppelten Mehrheit für die Mehrheitsentscheidungen. Das hat Frankreich völlig akzeptiert, auch wenn wir mit dieser Reform weniger Stimmen bei den Entscheidungen haben als Deutschland. Es gab die Tradition, dass wir in Frankreich bei den Entscheidungen dasselbe Gewicht wie Deutschland hatten. Aber wir haben die Begründung akzeptiert, dass Deutschland natürlich mehr Einwohner hat und daher auch mehr Stimmen bei den Entscheidungen haben müsste. Für Polen ist das problematisch, weil

»Auf jeden Fall ist für uns Polen ein großes Land in Europa.«

Claude Martin

Polen dadurch mehr Gewicht verliert und auch nicht die Erfahrung hat, die wir haben. Nach 50 Jahren können wir akzeptieren, dass die grundsätzliche Idee des europäischen Aufbaus nicht die Idee eines Wettbewerbs zwischen Deutschland und Frankreich ist, sondern die Idee einer gemeinsamen Arbeit von Frankreich und Deutschland im Dienste Europas. Polen, und ich kann das auch verstehen, ist noch empfindlicher und sieht in Reformen immer eine Gefahr. Man braucht Zeit. Wir haben 50 Jahre in Frankreich gebraucht, um das zu akzeptieren, und die Polen haben noch keine drei Jahre Erfahrung in Europa. Ich bin überzeugt, dass mit der Zeit Frankreich, Deutschland und Polen mehr gemeinsame Ideen teilen, auch was die Wahrnehmung der Institutionen angeht.



Claude Martin

Ich wünsche mir, dass das neue »Weimarer Dreieck« – das alte, das war das Dreieck, das wir gebraucht haben für den Beitritt, für die zum Beitritt Polens führenden Verhandlungen – ein Dreieck ist, bei dem wir neue Impulse aus einem Land bekommen, das nicht nur ein guter Partner ist, sondern das uns auch frische Ideen bringt.

Vietig: Herr Prawda, direkt dazu.

Prawda: Ganz kurz noch zuvor – mein Kollege erwähnte die Geschichte oder die Kulturidentität, die wir thematisierten. Das machen wir, um unseren französischen Freunden den Übergang zu erleichtern von der Liebe zum Verständnis. Wir erfreuen uns dieser Zuneigung und erwidern sie selbstverständlich. Aber das machen wir unter anderem auch, um solche Kommentare wie den Ihren zu vermeiden.

Wir haben zahlreiche konkrete Probleme. Wir brauchen in unseren Gesprächen Geduld, um zu vermitteln, was eigentlich das Problem ist. Zum Beispiel die Energieversorgung und der Appell für eine europäische

Solidarität. Wenn wir jetzt über die sinnstiftende Rolle der gemeinsamen Erfahrungen der Wendezeit sprechen, hat das den Zweck, unsere aktuellen Probleme nicht als Hirngespinnste neurotisierten Halbeuropäer zu verstehen, sondern zu versuchen, das Problem zu analysieren. Auf der anderen Seite gab es gerade vor einiger Zeit eine Reihe sehr guter Beispiele der Zusammenarbeit und des Verständnisses der französischen Partner, als es um die Probleme des Haushalts ging. Da hat Warschau mit Paris eng kooperiert und zusammen mit Deutschland zu einem Kompromiss beigetragen. Deshalb möchte ich auch meine Kollegen beruhigen, dass wir zu einem Kompromiss durchaus fähig sind. Diese Erfahrung ist für uns auch eine Investition in die Zukunft, in der wir gut zusammenarbeiten können. Dabei verstehen wir unsere Rolle natürlich als die eines Partners, der jetzt selbstverständlich viel in Europa lernen muss, der aber auch erwartet, dass man seine Probleme als solche erkennt und nicht

psychoanalytisch analysiert. Das ist auch meine Erfahrung, wenn ich in Deutschland über die Ostsee-Pipeline rede. Man gewinnt dabei manchmal den Eindruck, dass es sich hier um die schwierige Kindheit der polnischen Demokratie und historische Traumata handele. Da reden die Deutschen über Traumata, über ein Thema, das ich

eigentlich vermeiden wollte. Aber ich greife es auf, um zu erklären, dass es nicht darum geht, sondern um ein technisches und politisches Problem.

Vietig: Ein kleiner Kommentar von mir – wenn die Deutschen von Traumata reden, hängt das wohl damit zusammen, dass im Zusammenhang mit der Pipeline an den Hitler-Stalin-Pakt erinnert wurde. Das führt natürlich in Deutschland dazu, dass man noch andere Assoziationen hat, die vielleicht nicht direkt etwas mit der Pipeline zu tun haben. Das Thema Pipeline und Energie hat ja auch für Herrn Steinmeier in letzter Zeit immer wieder eine große Rolle gespielt. Deshalb an Sie, Herr Staatssekretär, die Frage: Kann das »Weimarer Dreieck« für die europäische Energiepolitik und für das gemeinsame Auftreten auch gegenüber Dritten eine Rolle spielen? Und wenn ja, welche?

Boomgarden: Claude Martin hat ein wunderbares Beispiel dafür gebracht, dass in Europa Kompromisse möglich sind. Das mit der Mehr-

heit ist ja von allen unterschrieben worden, auch von Frankreich und von Polen. Ich will nur daran erinnern, dass dies ein dankbarer und guter europäischer Kompromiss gewesen ist. Wenn wir allerdings in Europa sehen, wie der Prozess verläuft, dann müssen wir das tun, was Frank Steinmeier eigentlich für einen längeren Zeitraum vorgeschlagen hatte, nämlich die Ausarbeitung eines deutsch-französisch-polnischen Geschichtsbuches. Nun, vielleicht sollten wir erst ein gemeinsames deutsch-französisch-polnisches Geschichtsbuch der letzten drei Jahre schreiben. Denn auch hier gibt es Interpretationen, die etwas auseinander laufen, und ich glaube, es ist hilfreich, wenn wir noch einmal über unsere Sicht der Dinge reden. Ein Beispiel dafür ist eben nur umschrieben worden, aber es ging ja um den Brief der Acht. Der Brief der Acht wurde in Frankreich und in Deutschland in der Tat mit großem Ärger aufgenommen. Allerdings hat man sich unterschiedlich geärgert. Als sich Präsident Chirac geärgert hat, hat er Wörter gefunden in Richtung Polen, die wir in Deutschland so nicht gut fanden, aber geärgert haben wir uns trotzdem beide. Der Unterschied lag darin, dass wir in der Tat der Auffassung waren, dass das, was die Spanier und die Briten vertraten, nicht furchtbar hilfreich war, weil es sich in Europa in den letzten 50 Jahren eigentlich nicht gehört hat, mit jemandem außerhalb Europas gegen andere in Europa zu paktieren.

Allerdings müssen wir gleichzeitig sagen, dass wir besonders in Deutschland gerade für unsere osteuropäischen Partner ein sehr hohes Verständnis aufbringen müssen. Es kann nicht angehen, dass man ihnen Vorwürfe macht, weil sie ihre Sicherheit in der NATO und in den USA suchen. Gerade wir in Deutschland können diesen Vorwurf nun wirklich nicht nachvollziehen, denn genau dasselbe haben wir auch gemacht. Wir haben hier sogar gelegentlich das Problem gehabt, das Botschafter Prawda beschrieb, nämlich dass wir dauernd aufgefordert wurden, uns zwischen Positionen zu entscheiden, zwischen denen man nicht entscheiden kann. Wir hatten einmal in den sechziger Jahren eine Konstellation in Deutschland, die mit Schlagwörtern wie »Transatlantiker« und »Gaullisten« beschrieben wurde. Wir wurden damals ständig aufgefordert: »Also wenn Ihr Europa mit Frankreich bauen wollt, dann müsst Ihr anti-amerikanisch werden. Und wenn Ihr die transatlantische Gemeinschaft wollt, dann müsst Ihr dafür sorgen, dass diese Franzosen, die in der NATO gar nicht mehr richtig mitmachen, zur Raison gebracht werden.« Wir konnten uns zwischen diesen beiden Positionen nicht entscheiden. Wir konnten es nicht, es lag auch nicht in unserem Interesse, und ich glaube, wir sind am Ende ganz gut herausgekommen, indem wir immer

»Wir verstehen unsere Rolle als die eines Partners, der jetzt selbstverständlich viel in Europa lernen muss, der aber auch erwartet, dass man seine Probleme als solche erkennt und nicht psychoanalytisch analysiert.«

Marek Prawda

wieder vermittelt haben und immer wieder die Freundschaft mit beiden gesucht haben.

Genauso verhält es sich mit Polen, das ja nun auch eine sicherheitspolitische Vergangenheit hinter sich hat, zu der wir sehr viel beigetragen haben, und das sich unsicher fühlen muss, nicht zuletzt von Seiten Russlands.

Das muss man verstehen.

Dann kann man nicht einfach sagen, es sei ein Fehler, wenn man sich im transatlantischen Verhältnis auch dieses Arguments bedient.

Wir wollen hier keinen Gegensatz zu den USA aufbauen.

Allerdings ist dies mit Sicherheit nicht der Abschied Europas aus der Weltpolitik. Wir müssen hier ein-

fach zur Kenntnis nehmen: Außenpolitik – und ich ergänze gleich: Energiepolitik, womit ich auch zu Ihrer Frage komme – ist bisher nicht vergemeinschaftet. Der Fortschritt Europas besteht darin, dass es nach und nach immer mehr Dinge geben wird, die vergemeinschaftet werden, weil wir auch ein gemeinsames Interesse verfolgen. Es gibt übrigens andere Dinge, die man gar nicht zu vergemeinschaften braucht, weil sie viel besser auf kommunaler Ebene, Bundesebene oder an anderer Stelle gelöst werden. Aber Sie haben völlig Recht: Wenn ich an Energieeffizienz und Energiestrategien denke, wird eine Energiepolitik in Europa sicherlich auch Teil einer gemeinschaftlichen Politik werden müssen. Ich benutze ganz bewusst das Futur. Denn bisher ist die Energiepolitik nicht Teil des Vertrages.

Hier sehe ich manchmal ein Problem in den Gesprächen. Die Polen sprachen immer vom »Westen«. Ich zögere, wenn ich das höre, denn eigentlich ist Polen schon längst im Westen angekommen. Ich habe mal in Moskau gearbeitet. Immer wenn ich in Warschau mit dem Auto ankam, habe ich mich absolut im Westen gefühlt, sogar noch unter den alten Umständen.

Wir haben in Westeuropa während der Zeit des Kalten Krieges sehr stark darauf gesetzt, dass sich Dinge, die wir nicht einfach so ändern können, evolutionär entwickeln müssen. Die ganze deutsche Ostpolitik, die uns ja manchmal ein bisschen zum Vorwurf gemacht wird, hing schließlich davon ab, dass wir genau wussten, ein Dritter Weltkrieg würde uns nicht weiterhelfen. Das war auch richtig so, das heißt man musste auf evolutionäre Prozesse setzen, die man allerdings auch

bewusst in Gang gesetzt hat, wenn ich an KSZE und anderes denke. Man wirft uns allerdings vielleicht zu Recht vor, dass Evolution etwas ist, auf das man sehr leicht setzen kann, wenn man gleichzeitig die Freiheit hat. Auf Evolution zu setzen in einem Zustand der Unfreiheit, das widerspricht jener Ungeduld, die Unfreiheit hervorruft. Hier gibt es meiner Ansicht nach in den Ländern, die so viele Jahre in Unfreiheit gelebt haben, auch eine Tradition der Ungeduld. Das müssen wir positiv aufnehmen. Diese Ungeduld mit der Unfreiheit kann uns nur gut tun. Wir werden vom Westen aus dann allerdings von Zeit zu Zeit darauf hinweisen müssen, dass man manchmal auch etwas Zeit für die Analyse braucht, dass man sich auch mal hinsetzen und rational argumentieren muss.

Gerade wenn wir über Energiepolitik reden, geht es uns allen darum, dass wir in Westeuropa in Zukunft eine sichere Energieversorgung haben, dass wir alle gemeinsam über eine mit den Lebensgrundlagen vereinbare Energieversorgung verfügen. Wir wollen also keine Energieversorgung haben, die unser Klima zerstört, und zugleich eine, bei der wir solidarisch sein können. Dazu gehört gleichfalls – auch in Polen, wo die Bedingungen noch nicht ganz hergestellt sind, aber sicherlich technisch bald hergestellt sein können –, dass wir in einen Verbund treten und die Verbünde in den Bereichen Gas, Öl, Elektrizität über die transeuropäischen Netze pflegen. Darüber werden wir reden müssen. Nach außen hin werden wir in Zukunft sicher auch sehr viel stärker zusammenstehen müssen als wir es bisher tun. Die Idee einer Energie-NATO, wie sie genannt wurde, halten wir deswegen für nicht so gut, weil die NATO, jedenfalls ihrer Tradition nach, eine defensive, verteidigende Rolle hat. Wir sehen das bei der Energiepolitik eigentlich ganz anders. Wir sehen sie als eine integrierende Kraft. Es ist ganz klar, wir müssen uns in Europa integrieren und wir müssen nach außen gehen und uns genauso mit den Transitländern – die Ukraine ist übrigens sehr wichtig in diesem Zusammenhang – wie mit den anderen Verbraucherländern und den Produzentenländern zusammensetzen. Wir werden sie alle zusammen brauchen, und dass wir hier im »Weimarer Dreieck« darüber sprechen, halte ich für eine gute Idee. Denn hier ist in der Tat ein gesamteuropäisches Interesse betroffen, über das wir in der Vergangenheit nicht immer ausreichend gesprochen haben, das in der Kommission sicherlich in einer technischen Hinsicht sehr gut vorbereitet worden ist, aber bei dem wir auch über Politik reden müssen.

Vietig: Herr Botschafter, ist die Energiepolitik vor allem ein Gesprächsthema für das »Weimarer Dreieck«? Sehen Sie auch die Möglichkeit,

»Besonders in Deutschland müssen wir gerade für unsere osteuropäischen Partner ein sehr hohes Verständnis aufbringen. Es kann nicht angehen, dass man ihnen Vorwürfe macht, weil sie ihre Sicherheit in der NATO und in den USA suchen.«

Georg Boomgaard

dass von dort aus wirklich Anstöße kommen, um eine gemeinsame Energiepolitik in der gesamten EU zu entwickeln?

Martin: Eine gemeinsame Energiepolitik wird von allen gewünscht, nicht nur von den drei Ländern, die hier vertreten sind. Aber es ist nicht so leicht, das zu realisieren. Auch zwischen Frankreich und Deutschland gibt es deutliche Unterschiede. Ich habe eine kleine Wohnung in Paris und besuche diese Wohnung vielleicht ein Mal pro Monat, und jedes Mal sehe ich im Briefkasten die Elektrizitätsrechnung. Auf der Rechnung steht klar geschrieben, dass 85 Prozent dieser Elektrizität aus Atomkraftwerken kommen. Ich freue mich darüber, fühle mich sicher und wünsche mir für Europa solch eine Sicherheit.

Ich bin schon fast acht Jahre Botschafter von Frankreich in Deutschland und verstehe, dass sich das Problem in Deutschland anders stellt. Ich will mich natürlich gar nicht in die deutsche Politik einmischen, sondern habe dies nur gesagt, um deutlich zu machen, dass das Problem auch unter den so genannten alten Mitgliedern der EU kompliziert ist. Ich kann verstehen, dass Polen noch ein anderes Problem hat und dass das gesamte Problem der Beziehungen zu Russland für Polen besonders wichtig ist. Aber wir können trotzdem gemeinsam, auch zu dritt und schon bei diesem Treffen in Saarbrücken, Richtlinien setzen, wie man Energie sparen kann, wie man mehr Energieeffizienz in Europa erreichen kann, wie man auch die unterschiedlichen Interessen der Autofahrer, den Bau von Autobahnen usw. noch besser berücksichtigen kann. All diese Ideen über die Zukunft unserer Energiepolitik in Europa sind sicher nützlich. Ich muss sagen, dass ich persönlich optimistisch bin, was das Treffen des »Weimarer Dreiecks« in Saarbrücken anbetrifft. Es ist schon sehr gut vorbereitet, und wir haben alle das Gefühl gehabt, dass sich die drei Länder jetzt auf gleicher Augenhöhe mit den wichtigsten Themen der heutigen Europapolitik befassen. Wir haben unterschiedliche Auffassungen, was die Zukunft der Verfassung angeht, auch was unsere Beziehungen zu Russland angeht, aber wir haben auch im Bereich der Außenpolitik viel gemein. Ich nenne nur ein Beispiel: der Einsatz im Kongo. Unsere polnischen Freunde haben sich von Anfang an bei diesem Einsatz sehr mutig engagiert. Wenn man das gesamte Bild der EU-Außenpolitik betrachtet, merkt man, dass wir in den meisten Fragen sehr nah an Polen liegen. Darüber freue ich mich.

Vietig: Herr Botschafter Prawda, wir sollten noch einmal auf das Stichwort Energie zurückkommen. Die Gespräche hierzu wurden ja auch

schon von Frau Süssmuth angedeutet. – Wie sollen wir jetzt mit der Energiecharta umgehen? Sollen die Gespräche mit Russland blockiert werden? Da hat Polen ja, glaube ich, im Moment eine recht einsame Position in der EU. Sehen Sie Möglichkeiten, dass man vielleicht doch noch zu einem Kompromiss kommt, um gemeinsam gegenüber Russland aufzutreten?

Prawda: Also, ich glaube schon, dass wir noch Zeit haben, um bis zum 24. November einen Kompromiss in dieser Frage zu erreichen. Es gibt auch noch andere Probleme, bei denen wir uns etwas mehr Unterstützung von der EU wünschen, zum Beispiel was den Fleischexport aus Polen nach Russland angeht. Es fällt uns schwer, zu verstehen, dass man hier mit EU-Mitteln nicht mehr erreichen kann, sondern dass stattdessen alles auf die Spitze getrieben und zu einem schwierigen Problem gemacht wird. Aber das ist lösbar.

Was die Energiefrage betrifft, eine Bemerkung zum Thema Kernenergie. Das ist in Polen jetzt wieder zu einem Thema geworden. Als Versöh-



Marek Prawda

nungsgeste gegenüber Frankreich würden wir vielleicht diesen Weg gehen und im Weimarer Geiste auch die deutsche Seite dafür gewinnen. Die Energiefrage hat natürlich auch etwas mit dem Problem der Außenpartner der EU zu tun. Wir sind kritisiert worden, dass wir jetzt diese Sicherheit bei einem Partner außerhalb der EU suchten. Die Ostseepipeline ist für uns ein Problem, das wir aus unserer Perspektive auch als ein solches sehen, da wir hier nicht gerne als unsicheres Transitland abgestempelt werden möchten.

Vietig: Herr Staatssekretär, Herr Prawda hatte vorhin das Stichwort Ukraine in die Debatte geworfen. Wieweit, und darüber gab es ja wohl

auch Gespräche, ist es im »Weimarer Dreieck« möglich, eine gemeinsame Ostpolitik zu entwickeln? Ein besonders kritischer Punkt ist die Entwicklung in Weißrussland. Gibt es da noch Gespräche? Wird es gemeinsame Initiativen geben?

Boomgaarden: Ich bin sicher, dass sich in Hinsicht auf die Ukraine und Weißrussland das »Weimarer Dreieck« in der Tat ganz hervorragend eignet. Denn ich glaube, dass das »Weimarer Dreieck« jene drei Staaten umfasst, die sich an diesen Themen sicher mehr als jedes andere Land in Europa interessiert zeigen. Ich spreche jetzt natürlich nicht von den unmittelbaren Nachbarn. Denn es ist klar, dass hier die Nachbarn Weißrusslands und der Ukraine, also insbesondere auch die baltischen Länder, ein ganz besonderes Interesse haben. Ich spreche jetzt von den Ländern, die – und in diesem Fall ist auch Polen Nachbar –, selbst wenn sie weiter weg liegen, ein großes Engagement zeigen. Insofern sind Frankreich und Deutschland sicherlich stärker interessiert als jedes andere Land; schließlich haben wir auch bereits eine sehr gute Zusammenarbeit erlebt, unter anderem vor dem Hintergrund der Orangen Revolution. Wir sollten nicht vergessen, dass es bei der Orangen Revolution in Kiew Situationen gab, die durchaus zu höheren Spannungen in Richtung Osten hätten führen können. Es war sicherlich nicht unwichtig, dass es für die Orangene Revolution eine ganz klare Unterstützung gemeinsam von Deutschland, Polen und Frankreich gegeben hat. Das ist in Moskau nicht ohne Eindruck geblieben. Dass wir nicht die Innenpolitik der

»Es war sicherlich nicht unwichtig, dass es für die Orangene Revolution eine ganz klare Unterstützung gemeinsam von Deutschland, Polen und Frankreich gegeben hat.«

Georg Boomgaarden

Ukraine sozusagen selbst steuern, haben wir auch gesehen. Hier werden wir sicherlich noch langwierige Lernprozesse haben, aber das »Weimarer Dreieck« ist ein gutes Gremium dafür.

Was die Atomkraft angeht, so ist die Ukraine ja nun ein wirklich sehr gutes Beispiel dafür, warum

wir hier in Deutschland ein Problem haben. Dieses Problem ist 1986 in Tschernobyl, in Deutschland sehr akut geworden. Wir haben es mit einer Bundesregierung zu tun, in der es in den tragenden Parteien durchaus unterschiedliche Auffassungen zur Kernkraft gibt. Jede Partei weiß aber, wie in der Mehrheit der Bevölkerung gedacht wird, und das ist von jedem Politiker immer mit in Betracht zu ziehen. Allerdings werden wir umgekehrt auch nicht die ganze Oder mit Windmühlen voll pflastern.

Sie sprachen davon, man könne es nicht allen Recht machen. Ich glaube, hier sollte Polen Selbstbewusstsein zeigen. Europa ist – seien wir ruhig realistisch – immer auch ein Verhandlungsprozess. Deswegen geben wir ja auch nach und nach Kompetenzen an die Kommission ab, damit hier durch die institutionellen Vorgaben die Gemeinsamkeit einen Kern bekommt und nicht über jede kleine Frage ein neuer Verhandlungsprozess in Gang kommen muss. Dennoch haben wir noch sehr viele Fragen, über die eben verhandelt werden muss, und das geschieht dann im Rat. Mein Eindruck ist übrigens, dass Deutschland dabei als föderaler Staat über gewisse Erfahrungen verfügt. Die Verhandlungen in Brüssel sind zwar schwierig, aber immer noch leichter als mit den Bundesländern. Deswegen finde ich es auch überhaupt nicht störend, wenn Polen in bestimmten Fragen sagt, diese Frage erst lösen zu wollen, wenn es bei einer anderen Frage eine Lösung bekommt. Dieses Bündeln von Fragen zu Lösungen ist ein in Europa überaus gängiges Verfahren. Das führt zwar gelegentlich zu Nachtsitzungen und belastet dann alle Beamten und Minister, aber ich würde sagen, das ist Europa wert. Europa insgesamt ist eben doch eine Erfolgsgeschichte.

Was nun das Verhältnis zu Russland angeht, so müssen wir über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sprechen. Es gibt gelegentlich Fragen, in denen man eine sehr hohe Verantwortung hat. Ich verrate kein Staatsgeheimnis, wenn ich sage, dass eines der Prüfkriterien, wenn wir innerhalb der Bundesregierung unser Abstimmungsverhalten in Europa festlegen, immer lautet: Stehen wir eigentlich alleine da? Haben wir hier eine Position? Es kann allerdings schon immer mal vorkommen, dass wir in einer ganz besonderen Situation alleine dastehen.

Ich sage nur, diese Situationen kommen zwar vor, aber wer alleine steht in Brüssel, muss sich eben immer auch fragen: Ist mein Interesse wirklich so groß? Oder hat hier nicht Europa Vorrang? Das heißt nicht etwa, dass irgendwo Druck ausgeübt wird. Wenn am Ende die Entscheidung so ausfällt, dass man das nicht mittragen will, dann wird sie auch nicht durchgesetzt. Europa geht nur mit allen. Dies ist ein Erlebnis, das eigentlich Polen mit Stolz erfüllen müsste. Denn auf der einen Seite hat man die reale Möglichkeit, zu blockieren. Wir können gar nichts machen, wenn Polen nein sagt.

Vietig: Darf ich Sie, Herr Martin, noch fragen, inwieweit das »Weimarer Dreieck« jetzt für die Politik gegenüber den östlichen Nachbarn eine Rolle spielt? Meinen Sie, das ist ein Gebiet, auf dem das »Weimarer Dreieck«

tatsächlich eine besondere Aufgabe hat, also in Hinblick auf Weißbrunland, aber auch gegenüber den anderen angrenzenden Staaten?

Martin: Natürlich spielt das »Weimarer Dreieck« in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Wir wollen natürlich noch eine stärkere Annäherung der neuen Länder, der neuen Partner in Europa. Dabei ist für uns die Art und Weise, wie Polen insbesondere die Situation in Mittel- und Osteuropa betrachtet, besonders wichtig. Daher ist es auch von großer Bedeutung, dass bei diesem Treffen in Saarbrücken zum Beispiel über die Beziehungen mit den östlichen Partnern gesprochen wird. Insbesondere was die Ukraine betrifft, würde ich sagen, dass wir das Problem in den letzten Jahren auch zu dritt und ohne Streit ziemlich gut behandelt haben. Wir haben mit großem Interesse gehört, was Polen darüber dachte. Wir haben auch sehr eng mit Deutschland zusammengearbeitet und eine, wie ich finde, ausgewogene Position gehabt. Jetzt sehen wir, was in der Ukraine passiert, und sicherlich ist es nötig abzuwarten, bevor wir entscheiden, welche Beziehungen wir als EU-Mitglieder mit der Ukraine in Zukunft noch entwickeln können.

Und noch etwas: Es ist selbstverständlich, dass Osteuropa für uns Franzosen sehr wichtig ist. Aber wir alle haben auch noch andere Beziehungen, andere Nachbarn. Der Außenminister ist zurzeit im Maghreb. Jedenfalls ist es nicht nötig zu betonen, wie wichtig für uns die Beziehungen zum Süden, zum Mittelmeerraum sind. Für diejenigen, die den Wahlkampf in Frankreich verfolgen, einen Wahlkampf, der noch nicht begonnen hat, der aber schon sehr lebendig ist, die wissen, dass einer der wichtigsten Kandidaten vorgeschlagen hat, dass wir noch stärker als heute die Beziehungen zu Marokko, Algerien und Tunesien ausbauen sollten. Dann gibt es noch das türkische Problem. Wir sind Franzosen und haben viele in der EU davon überzeugt, dass wir jetzt eine Pause brauchen, um uns zu überlegen, welche Aufnahmekapazität die EU heute besitzt, bevor wir weitere Entscheidungen treffen. Das heißt nicht, dass wir keine weiteren und intensiveren Beziehungen zur Ukraine wünschen. Jedoch brauchen wir noch Zeit.

Vietig: Eben wurden die noch bevorstehenden Wahlen in Frankreich erwähnt, in Polen sind gerade Kommunalwahlen gewesen, die für die regierende Partei nicht so günstig ausgegangen sind. Auch die Umfragen für die Große Koalition in Deutschland sind nicht allzu glänzend. Wieweit bedeutet die innenpolitische Lage dieser drei Länder eventuell eine Begrenzung der Möglichkeiten des Gipfels in Saarbrücken?

Prawda: Wenn Sie erlauben, möchte ich noch ganz kurz auf das antworten, was vorher gesagt worden ist, einfach um zu bestätigen, dass wir jetzt durch die Unterschiede, die zwischen uns momentan existieren, auch eine neue Aufgabe bekommen. Das »Weimarer Dreieck« kann nämlich zu einer Konstruktion werden, mit der man drei unterschiedliche Denkmodelle in Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union präsentiert und diskutiert, mit der man Kompromisse sucht, die dann in der EU nützlich sein können. Diese Rolle des »Weimarer Dreiecks« sollte niemanden beunruhigen. Das ist keine variable Geometrie, sind keine festen Bündnisse, sondern einfach ein Konsultationsforum, das jetzt für die EU hilfreich sein kann. Ich wünsche mir auch für mein Land, dass die Rolle des »Weimarer Dreiecks« produktiv und ein Mehrwert für die Europäische Union sein wird.

Auf der anderen Seite erwähnte mein französischer Kollege auch die südliche Dimension. Ich glaube, dass zum Beispiel ein Land wie Polen im »Weimarer Dreieck« Verständnis dafür zeigen sollte, dass man auch Beziehungen im Mittelmeerraum gestalten kann und dass wir Probleme, die wir weniger kennen, gleichfalls internalisieren. Damit würden wir signalisieren, dass sie auch bei uns gesehen und verstanden werden. Auf diese Weise können wir schließlich auch wirksamer für ein Verständnis der Ukraine oder für unsere Nachbarschaft werben. Gerade jetzt bietet sich für Polen eine gute Gelegenheit, seine Chance zu nutzen und sich für die Ukraine nicht nur konjunkturell zu interessieren, sondern das, was dort erreicht worden ist, auf allen möglichen politischen oder, konkreter, wirtschaftlichen und sozialen Ebenen zu unterstützen.

Doch nun zur Innenpolitik, zur Auswirkung der innenpolitischen Situation auf die Außenpolitik, auf das kommende Treffen. Wir haben in der polnischen Politik weiterhin das Problem, dass es Gewinner und Verlierer der Reformen gibt. Die polnische Politik war mehr oder weniger ein Versuch, die Balance zwischen beiden Gruppen zu halten. Bei den vorletzten Kommunalwahlen vor vier Jahren hatten wir etwa 30 Prozent Protestwähler. Das war ein Alarmzeichen für die Politik. Die Transformation, die wir seit 16 Jahren in Polen haben, wurde von vielen als ein ungerechter Prozess empfunden. Das ist eine Frage der Wahrnehmung, aber zugleich auch ein reales Problem, mit dem die Politik fertig werden muss. Deshalb kam es zu Versuchen, nun eine andere Variante der Modernisierung zu

*»Ich wünsche mir auch für mein Land, dass die Rolle des »Weimarer Dreiecks« produktiv und ein Mehrwert für die Europäische Union sein wird.«
Marek Prawda*

versuchen, die den Wurzeln, der Tradition eine größere Bedeutung beimisst und neue Chancen eröffnet, um die Polen mit dem Gemeinwesen und mit ihrem Staat zu versöhnen. Damit will ich sagen, dass wir uns immer noch in einem Selbstfindungsprozess befinden. Das ist eine Phase der Formierung, was zum Teil auch für die Außenpolitik noch gilt.

Wir haben also auf der einen Seite diese Suche nach der eigenen Identität und neuen Projekten, auf der anderen Seite handelt es sich aber auch um eine Situation, in der wir viele Konzessionen machen müssen. Natürlich hemmen diese Konzessionen die Kreativität in der Außenpolitik. Aber diese beiden Tendenzen halten sich die Waage, und so gab es im letzten Jahr auch neue außenpolitische Projekte wie zum Beispiel eine größere Präsenz bei unseren nördlichen Nachbarn, was für die polnische Außenpolitik sehr wichtig ist.

Ich glaube schon, dass die Versuche, die gesellschaftliche Basis für die Politik in Polen zu gewinnen, auch zum Teil als eine Chance angesehen werden können. Die politische Entwicklung geht in diese Richtung. Daraus ergeben sich Chancen für neue Akzente in der Außenpolitik und auch eine wachsende proeuropäische Haltung. Das zeigen alle Umfragen. Ich kann mich erinnern, dass wir kurz vor dem Beitritt zur EU mit nur 24 Prozent eine deutlich skeptische Haltung der Bauern hatten, und nach einem Jahr der Mitgliedschaft waren mehr als 70 Prozent der Bauern für die Mitgliedschaft. Das heißt, man hat auch gelernt, von der Mitgliedschaft zu profitieren. Dabei denke ich nicht unbedingt an die Direktsubventionen, sondern an die Öffnung des Marktes. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass das »Weimarer Dreieck« auch zum Thema Agrarpolitik Konsultationen aufnehmen könnte.

Vietig: Vielen Dank. Wir müssen nun einen Schnitt machen. Sie haben auf den Plakaten und den Einladungen gelesen, dass es auch um die Herausforderungen an die Kultur gehen soll. Vielleicht verhält es sich mit der Kultur doch etwas einfacher als mit den anderen, bisher diskutierten Themen. Es gibt ja immer wieder gemeinsame Treffen, wo – wie in Weimar – Theater aus Polen, Frankreich und Deutschland auftraten. Es gab eine Konferenz über romanische Routen in Europa. Auf diesem Gebiet scheint es also eher unkompliziert zuzugehen. Geben wir aber nun dem Publikum die Chance, zu den angesprochenen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

von Richthofen: Herzlichen Dank an das Panel für die sehr gute und informative Diskussion. Ich möchte ein paar Fragen stellen. Herr Nonnenmacher hat am Schluss der »Impulse 21« des Bundesverteidigungs-



ministers davor gewarnt, die Dinge zu mechanistisch zu sehen. Es ist auch meine Erfahrung, dass wir das »Weimarer Dreieck« – und das deutsch-französische Verhältnis war in den achtziger Jahren ebenfalls davon gekennzeichnet – zu institutionell gesehen haben. Daher meine Frage nach den wirklichen Möglichkeiten gemeinsamer Aufgaben. Ich fange mal mit der Sicherheitspolitik an. Der polnische Staatspräsident hat den interessanten Vorschlag einer europäischen Armee unter NATO-Führung gemacht. Den halte ich für diskussionswürdig. Weniger unter finanziellen als tatsächlich unter europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Gesichtspunkten wäre das ein Thema für das »Weimarer Dreieck«, nachdem Polen auch schon Annäherungen an das Eurokorps gemacht hat. Das zweite Thema ist die regionale Zusammenarbeit. Es hat eine regionale Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen gegeben, zum Beispiel auf der Ebene von Städten und Regionen wie Ile-de-France, Masovien und dem Land Brandenburg. Es gibt auch die regionale Zusammenarbeit entlang der Grenzen, was durchaus zum Vorteil für Weißrussland und die Ukraine ist. Können wir hier nicht wirklich Aufgaben verteilen, um diese Effekte zu verstärken? Das dritte ist der Jugendaustausch. Wir brauchen mehr Mittel für den bilateralen deutsch-polnischen, aber vor allem auch für den Jugendaustausch im »Weimarer Dreieck«.

Die Deutsche Gesellschaft der Mitglieder der Französischen Ehrenlegion und des Französischen Nationalen Verdienstordens wird nächstes Jahr dafür ein Beispiel in Kreisau setzen. Das vierte ist die Kultur. Die Viadrina als Modell einer Zusammenarbeit im »Weimarer Dreieck« müsste natürlich auch noch besser finanziell ausgestattet werden als eine gemeinsame Stiftung. Und, last but not least, eben das gemeinsame Geschichtsbuch, das Herr Steinmeier vorgeschlagen hat. Dazu fände ich es interessant, noch einmal Meinungen im Panel zu hören. Vielen Dank.

Vietig: Vielen Dank. Ich denke, wir sollten noch ein paar Fragen sammeln, um sie dann der Reihe nach zu beantworten. Herr Professor Standke.

Standke: Sie halten die Konstruktion des »Weimarer Dreiecks« für dies und für jenes und eigentlich für alles, wenn ich es recht verstanden habe. Deswegen die Frage an Sie: In 14 Vorjahren haben sich jeweils die Außenminister getroffen, im 15. Jubiläumjahr aber nicht. Ist das ein besonderer Grund oder ist das eher ein Zufall? Nun ist es doch aber so, Herr Vietig, Sie erwähnten es bereits, dass Politik die eine Seite ist und heute das Hauptthema war. Die andere Seite aber ist die Kultur, das, was Nike Wagner in Weimar mit drei Theateraufführungen gemacht hat, oder die Veranstaltung in Słubice über romanische Straßen. Aber es ist doch noch sehr viel mehr, was hier nicht so deutlich geworden ist, nämlich das, was die Zivilgesellschaft gemacht hat. Hier einige wenige Beispiele: Auf Initiative Ihres Landes, Herr Botschafter Martin, gab es 2004 in Warschau eine große Konferenz zur Energieforschung der drei Länder, an der unter anderem die Betreiber von Windmühlen teilnahmen.

Die Frage der Jugendwerke hat Herr Richthofen schon angesprochen, es gibt noch die Frage der Hochschulen, die Frage der Medien. Vor zwei, drei Wochen fand in Breslau eine Veranstaltung von France-Pologne statt, bei der Fragen der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Jugendarbeitslosigkeit behandelt worden sind. Oder es gibt die Frage der Städtepartnerschaften oder regionalen Kooperationen. Im September war in Krakau eine große Konferenz über die Zusammenarbeit der Regionen, der drei Länder und der Städtepartnerschaften. Auch das ist eine hochinteressante Information, die vielleicht etwas bekannter gemacht werden sollte. Wir haben auch noch nicht von der Wirtschaft gesprochen. Das Erstaunliche ist doch, wie stark die Volkswirtschaften, die Industrieunternehmen der drei Länder inzwischen bereits zusammenarbeiten. Mir scheint, dass der Wunsch, den die drei Gipfelteilnehmer in Breslau im

Jahre 2003 formuliert haben, bereits Realität geworden ist. Sie sagten: Wir können das »Weimarer Dreieck« nicht mit Leben erfüllen, wenn es uns nicht gelingt, die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite einzubeziehen. Ich glaube, das ist schon geschehen. Wir könnten als Komitee der Bundeskanzlerin und den beiden Staatspräsidenten für Saarbrücken sofort eine zweiseitige Auflistung mitgeben von dem, was an erstaunlichen Dingen von Zehntausenden von Personen bereits realisiert wurde.

Boomgaarden: In der Tat haben wir hier wenig über Kultur gesprochen. Aber ich hätte auch doppelt so schnell reden können, dann hätten Sie gar nichts mehr mitgekriegt, aber die Kultur hätten wir dann mit einbezogen. Mit dem Thema Kultur beschäftige ich mich besonders. Wir führen ja gerade im Moment in diesem Bereich mit dem Bundestag eine Debatte. Diese Bundesregierung hat nach vielen Jahren ständiger Kürzungen zum ersten Mal den Haushalt für die Auswärtige Kulturpolitik wieder aufstocken können. Herr Steinmeier selbst hat diesen Punkt als Hauptthema in der Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss gewählt. Wir haben bei den Goethe-Instituten noch einmal 13,5 Millionen Euro mehr bekommen können, als im Regierungsentwurf vorgesehen war.



Georg Boomgaarden

Das ist eine Trendwende. Hier müssen wir in der Tat etwas tun. Einer der Gründe dafür ist übrigens, dass wir auch in Europa nicht abbauen können, wenn wir an anderer Stelle aufbauen müssen. Denn natürlich müssen wir auch nach Asien gehen, in die Golfstaaten, in andere Länder. Aber das kann nicht auf Kosten Europas, schon gar nicht auf Kosten Osteuropas gehen.

Nun noch zur Kulturarbeit generell. Herr von Richthofen hatte schon angedeutet, dass wir hier insbesondere beim Jugendwerk eine ganz großartige Grundlage geschaffen haben. Es gibt in Deutschland derzeit

nur zwei aktive Jugendwerke, das ist das Deutsch-Französische und das Deutsch-Polnische. Dabei haben wir bereits 73 trilaterale Veranstaltungen, also 73 Veranstaltungen, die deutsch-französisch-polnisch stattfinden.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk war sicherlich eine der ganz großen Grundlagen für die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Ich habe übrigens schon an anderer Stelle immer wieder gesagt, dass das Werk der Versöhnung zwischen Deutschland und Polen noch nicht vollbracht ist. Wir müssen hier noch sehr viel arbeiten, gerade wir. Wir sind in der Bringschuld und müssen noch sehr viel tun. Dafür müssen aber auch Mittel her, und um die kämpfen wir. Unsere Veranstaltungen wie beispielsweise das gerade zu Ende gegangene Deutsch-Polnische Jahr zeigen natürlich auch, dass wir in der Zivilgesellschaft schon ein sehr starkes Band haben. Wir sehen das bei den Umfragen. Wir haben schließlich auch deshalb hier sehr viel über Politik reden müssen, weil sich manche Gegensätze der Politik, die jeden Tag in der Zeitung zu lesen sind, in Umfragen überhaupt nicht widerspiegeln. In Umfragen zeigt sich auf beiden Seiten eine sehr viel stärkere Sympathie als man meinen könnte, wenn man sich über einzelne politische Fragen auseinandersetzt. An dieser Stelle würde ich auch ein bisschen Selbstkritik an uns Deutschen üben. Wir haben in den letzten Jahren sicherlich in Polen viele Freunde gewonnen und dann mit ihnen immer wieder einen Dialog geführt. Wir waren vielleicht manchmal zu faul, mit denjenigen einen Dialog zu führen, die noch nicht unsere Freunde sind. Das sollten wir verändern.

Professor Standke sprach die Rolle der Kultur im 15. Jahr, aber auch Energieforschung, Wirtschaft und all diese Fragen an. Ich sage ganz deutlich: Kultur ist hier ein Teil der Politik. Kultur ist kein Ersatz für Politik. Man darf nicht Politik, wenn sie nicht funktioniert, sozusagen durch Kultur ersetzen.

Energieforschung ist mit Sicherheit ebenfalls sehr wichtig, doch ich will das Thema nicht vertiefen. Auch über die Wirtschaft könnten wir noch eine Stunde reden. Denn gerade hier gibt es natürlich Entwicklungen, wo wir auch gemeinsame Interessen haben. Wir müssen schließlich überlegen, wie Europa in der Bevölkerung nicht als Problem, sondern als Lösung empfunden wird. Der Ausgang mancher Referenden hat ja damit zu tun, dass manche Menschen Europa eher als ein Problem empfunden haben. Aber wir müssen zeigen, dass Europa eine wunderbare Lösung ist, zum Beispiel dann, wenn wir auch über das soziale Europa reden. Dabei geht es nicht um die Vereinheitlichung von Sozialsystemen, denn hier haben wir sehr unterschiedliche Traditionen. Es geht stattdessen darum, dass wir über die Verantwortung in der Wirtschaft reden. Wir

haben den Grundgesetzartikel 15, der die Sozialbindung des Eigentums vorschreibt. Solche Dinge sind sicherlich etwas, über das wir auch in Europa reden müssen. Mir ist bewusst, dass gerade die jetzige polnische Regierung bei den Gewerkschaften eine sehr starke Unterstützung hat. Sie kommt schließlich aus der Tradition der Solidarność heraus. Gerade die Gewerkschaften in Deutschland und Polen haben hier sehr ähnliche Auffassungen, die übrigens mit der Bundesregierung nicht unbedingt übereinstimmen. Das ist eine Auseinandersetzung, die wir in Europa führen müssen. Ich sage das nur deshalb, weil wir hier in beiden Ländern eine Debatte haben, die vielleicht auch für die europäische Debatte bereichernd sein kann.

»Wir müssen zeigen, dass Europa eine wunderbare Lösung ist, zum Beispiel dann, wenn wir auch über das soziale Europa reden.«

Georg Boomgaarden

Prawda: Es war die Rede von dem Vorschlag einer europäischen Armee. Ganz kurz daher zu diesem Vorschlag. Es ist durchaus eine polnische Vorstellung, dass die EU eine stärkere Verteidigungsidentität entwickeln sollte. Dieses Thema wurde mehrmals angesprochen, auch in der letzten Zeit. Ich bin mit Herrn Richthofen gleichfalls der Meinung, dass dies eine Chance für Europa ist und diese Debatte, die jetzt geführt wird, die Defizite zeigt. Damit hängt auch eine Erörterung der zukünftigen strategischen Ausrichtung zusammen, und natürlich geht es dann auch um die Frage, ob das nicht gegen die transatlantische Identität oder Institutionen gerichtet ist. Ich möchte betonen, dass es sich um eine europäische Lösung handelt, weil dies zuletzt zu Missverständnissen in den Medien geführt hat.

Zum Thema der regionalen Zusammenarbeit möchte ich nur ein kleines Beispiel geben. Als ich in Schweden war, haben wir eine Zusammenarbeit von polnischen und schwedischen Regionen entwickelt. Sehr häufig hat man dann auf dieser Basis einen Partner aus Russland, Belarus oder der Ukraine eingeladen. Ich kenne drei solcher Fälle, wo das wunderbar geklappt hat nach dem Motto »die Freunde unserer Freunde sind unsere Freunde«. Diese Form der Zusammenarbeit hat mit der großen Politik nichts zu tun. Da ist die Politik auch nicht unbedingt notwendig. Aber das zeigt auch das Potential solcher kommunaler Kontakte und vieler Formen der übergreifenden Zusammenarbeit, die entwickelt werden können. Bedenkt man den Jugendaustausch, bestätigt das auch unser Bild, dass 10 Prozent aller Projekte von unseren Jugendwerken trilaterale

Projekte sind. Das ist, glaube ich, die Chance für die weitere Zusammenarbeit in diesem Dreieck.

Vietig: Jetzt bitte noch Herr Botschafter Martin.

Martin: Einen kurzen, letzten Beitrag, um das zu unterstützen, was Botschafter von Richthofen und Professor Standke gesagt haben. Natürlich ist es wichtig, nicht nur an die Politik zu denken und auch im Rahmen der Politik nicht nur an die Gipfel zu denken. Wenn etwas schief oder zu langsam läuft, kann man natürlich sofort sagen, das funktioniert nicht, das »Weimarer Dreieck« ist am Ende. Aber man vergisst, dass auch in diesem Jahr mehr als zehn Ministertreffen stattgefunden haben. Alle wichtigen Minister sind dabei – Innenminister, Justizminister, Verteidigungsminister, Kulturminister –, und es funktioniert. Das ist der Alltag, und die ganze Regierung in jedem Land ist betroffen und nimmt teil an dieser schönen Entwicklung des »Weimarer Dreiecks«.

Aber natürlich ist die Ebene der Zivilgesellschaft und auch die Ebene der Jugend noch wichtiger. Die erwähnte regionale Zusammenarbeit hat auch für mich eine hohe Priorität. Ich habe an drei oder vier Treffen der Regionen teilgenommen, zum Beispiel Oberschlesien, Nordrhein-Westfalen und Nord-Pas de Calais. Die haben etwas zu sagen und nähern sich an. Das finde ich sehr schön. Noch schöner ist es, wenn ich Studenten aus Frankreich, Polen und Deutschland sehe, die zusammenarbeiten und gemeinsam debattieren. Ich habe immer diese schlechte Erinnerung an die populistische Kampagne gegen den polnischen Klempner im Kopf. Das hat nur gezeigt, wie Polen auch in Frankreich missverstanden wurde. Wie wenig wir, trotz unserer Liebe, von Polen wussten. Ich freue mich, dass heute dieses Verständnis noch wächst durch Treffen der Gewerkschaften und Verantwortungsträger in jedem Bereich und in jedem Beruf. Das bedeutet, dass auch die Zivilgesellschaft dieses große Projekt annimmt. Das ist die Zukunft des »Weimarer Dreiecks«.

Vietig: Vielen Dank.

Hahn: Mein Name ist Frank Hahn vom Schiller-Institut. Ich weiß, alles strebt jetzt zum Wein nach draußen, und jetzt komme ich wieder mit einer ernsthaften Frage. Aber ich wollte wirklich noch einmal anknüpfen an das, was Herr Boomgaarden vorhin gesagt hat, was das strategische Dilemma Europas eigentlich sehr gut zeigt. Wir haben davon gesprochen, wie wir in den sechziger Jahren vor die Wahl gestellt worden sind:

entweder Frankreich oder die USA. Nun, so einfach kann man das natürlich nicht formulieren, denn wer sind eigentlich die USA? Die USA haben eine imperiale und eine republikanische Seite, und mal ist die eine, mal die andere oben. Wenn wir uns nicht, und das gilt für Amerika genauso wie für Europa und für Russland, jetzt am Beginn des 21. Jahrhunderts darüber verständigen, wie wir die imperiale geopolitische Kriegspolitik überwinden, die häufig getrieben war von Rohstoffinteressen, dann bekommen wir auch in Europa all die anderen Probleme nicht gelöst. Ich sage das deswegen, weil im Augenblick gerade Deutschland, aber auch Europa insgesamt vor eine neue Wahl gestellt wird, sich entweder transatlantisch oder eurasisch zu orientieren. Wir müssen beides miteinander kombinieren. Deswegen möchte ich zum Schluss noch einmal auf die Energiepolitik zurückkommen. Herr Prawda und Herr Martin haben beide das Thema Kernenergie sehr deutlich angesprochen. Herr Boomgaarden, die Bemerkung Tschernobyl passt hier nicht ganz, weil wir natürlich keine Plutoniumfabriken aus Sowjetzeiten wollen, sondern man muss hier von Kernkraftwerken der vierten, fünften Generation reden, und zwar aus einem ganz bestimmten Grund. Nur wenn wir das Rohstoffproblem und die Fragen der Rohstoff- und Wasserknappheit auf der Welt lösen, können wir geopolitische Rohstoffkriege vermeiden. Deswegen brauchen wir nicht nur die Kernenergie, sondern in Zukunft auch die Kernfusion. Meine Frage an den polnischen Botschafter lautet erstens: Könnten Sie sich auf der Basis einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland gerade auf dem Gebiet der Kernenergie und Kernfusion vorstellen, dass Polen zum Beispiel auch eine positivere Rolle in der Vermittlung zwischen Westeuropa und Russland spielt? Und meine Frage an den französischen Botschafter: Können Sie sich vorstellen, wie Frankreich stärker auf Deutschland einwirken kann, hier bestimmte ideologische Probleme zu überwinden?

Prawda: Ich wollte eigentlich keine Diskussion über die Kernenergie führen, sondern nur meinen französischen oder meinen deutschen Kollegen ärgern. Deshalb würde ich das jetzt ungern weiterentwickeln. Auf jeden Fall haben wir mit Litauen eine Zusammenarbeit begonnen, die tatsächlich darauf abzielt, Energie auch von dort zu beziehen. In dem Sinne werden wir auch im Osten unsere Quellen haben, und die Rolle der Vernetzung wird dadurch deutlich.

Martin: Ja, Europa ist ein Unternehmen, in dem niemand niemanden zwingt, und das gilt besonders für die Diplomaten. Man muss im Gegen-

teil verstehen, was der andere, was der Partner sagt. Das sage ich im Hinblick auf unsere Meinungsverschiedenheiten mit Polen. Auch wir haben von Zeit zu Zeit mit Deutschland Meinungsverschiedenheiten, und das ist

»Europa ist ein Unternehmen, in dem niemand niemanden zwingt, und das gilt besonders für die Diplomaten. Man muss im Gegenteil verstehen, was der andere, was der Partner sagt.«

Claude Martin

gut so. Wir müssen ein Europa aufbauen, wo jeder sich verstanden fühlt. In der Vergangenheit hatten wir zwischen Frankreich und Deutschland einen Streit, wer gaullistisch und wer transatlantisch denkt. Wenn man heute sieht, wie wir – Deutschland, Frankreich, aber auch Großbritannien und die

Amerikaner – zusammen das Thema Iran verhandeln, kann man sagen, dass dieser Streit ein bisschen künstlich war. Dasselbe scheint mir auch der Fall zu sein bei den Streitpunkten, die wir heute mit Polen haben. Wir sind davon überzeugt, dass das, was Polen uns bringt, interessant ist. Wir brauchen frische Ideen und wir werden in der Zukunft noch mehr versuchen, darauf zu hören, was Polen sagt. Was das Problem der AKWs in Deutschland betrifft, werde ich mich natürlich nicht äußern. Ich verstehe natürlich auch, warum Deutschland und die deutsche Regierung – diese und die frühere Regierung – eine solche Politik verfolgt. Aber ich freue mich, dass Frankreich eine andere Politik vertritt.

Vietig: Herr Staatssekretär, wenn Sie abschließend auch noch ganz kurz dazu Stellung nehmen?

Boomgaarden: Vielen Dank. Bundeskanzlerin Merkel hatte in ihrer Rede zum 3. Oktober in Kiel das Motto gewählt »Ins Offene gehen«. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass ich als Kind immer so ein Jahrbuch bekam, ich glaube, es hieß Neues Universum. In den fünfziger Jahren befanden sich darin jedes Jahr ganz große Artikel, wie wir im Jahr 2000 leben würden. Da gab es tolle Bilder, und ich war richtig begeistert von kernenergiegetriebenen Flugzeugen, mit denen wir uns mitten durch die Hochhäuser in den Städten bewegen würden. Sicherlich, heute ist diese Vorstellung ein bisschen fern von der Realität. Ich sage das deshalb, weil dieses Ins-Offene-Gehen natürlich auch für Europa gilt. Wir befinden uns darüber in einem ständigen Dialog, denn wir gestalten es schließlich gemeinsam. Wir haben keine feste Vorstellung davon, wie Europa in 50 Jahren aussehen wird, und ich glaube, auch vor 50 Jahren hat sich keiner bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge vorgestellt, was genau

daraus wird. Es gab Ideen, es gab Visionen, es gab Ideale, aber wir müssen hier auch daran denken, dass wir alle keine Propheten sind. Wichtig ist, dass wir aktiv am Zusammenhalt Europas arbeiten müssen. An ein Europa, das sich nun einmal – und ich sage, Gott sei Dank – vergrößert hat, haben wir manchmal vor 1989 auch gar nicht mehr glauben mögen. Es braucht viel Kitt. Ich denke schon, dass Deutschland, Frankreich und Polen geeignet sind, an diesem Kitt kräftig mitzumischen.

Vietig: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich glaube, Sie haben damit auch die Frage noch einmal sehr deutlich beantwortet, die heute über unserer Diskussion stand, nämlich ob das »Weimarer Dreieck« noch eine Zukunft habe. Wir haben heute in der Diskussion erlebt, auf wie vielen Gebieten, es Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Kultur. Wir haben außerdem gemerkt, dass es nicht nur um rein politische Strategien geht, sondern auch um Emotionen. Es war hier von Ärger und Liebe die Rede. Das alles gehört mit zu diesen Staaten und zu diesen Menschen. Ich glaube, wir hatten einen spannenden und ertragreichen Abend. Dafür danke ich Ihnen, meine sehr verehrten Gäste, vor allem aber meinen Mitstreitern hier am Podium. Jetzt möchte ich noch zum Schluss das Wort an Herrn Professor Bingen übergeben, den Direktor des Deutschen Polen-Instituts, der für diese Veranstaltung verantwortlich zeichnet.

Bingen: Ich danke dem Podium herzlich, Herrn Staatssekretär Boomgaarden, Herrn Botschafter Martin, Herrn Botschafter Prawda und Herrn Vietig für die Moderation. Ein Grund, warum ich nicht da sein konnte,



Dieter Bingen

war, dass ich in Warschau ein Buch abzuholen hatte, das sich mit dem »Weimarer Dreieck« befasst. Man kann also über das »Weimarer Dreieck«

schon schreiben, und sogar mehr als eine Seite, man kann schon über 200 Seiten darüber schreiben.

Ich habe nach dieser Diskussion den Eindruck, dass das »Weimarer Dreieck« seine Zukunft noch vor sich hat. Denn: würden Deutsche, Franzosen und Polen es gerade mit ihren unterschiedlichen Einstellungen nicht schaffen, sich zusammenzutun, dann hätte dieses europäische Projekt keine Zukunft. Das Logo, das wir zur Werbung für diese Veranstaltung benutzt haben, stammt vom Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit, einem eingetragenen Verein. Und Professor Bogdan Koszel, der dieses druckfrische Buch über das »Weimarer Dreieck« geschrieben hat, ist beispielsweise Mitglied eines Weimarer Clubs – nicht die letzten Beweise, dass das »Weimarer Dreieck« kein Phantom ist.

Nochmals herzlichen Dank bei der Vertretung der Europäischen Kommission und Herrn Dr. Sabathil für die Möglichkeit, sich heute hier zu treffen, dem Auswärtigen Amt für die Förderung der Veranstaltung, dem Centre Marc Bloch, Berlin, für die Zusammenarbeit.

Ich lade Sie jetzt herzlich ein zu einem Umtrunk, nicht ohne mich jedoch vorher auch bei den Mitarbeitern noch bedankt zu haben, bei Frau Tuzina von der Vertretung und meinem Team – Frau Kern und Frau Panitzek stellvertretend für alle im Deutschen Polen-Institut, die hier mitgearbeitet haben. Ich wünsche Ihnen noch ein nettes Zusammensein und vielleicht eine Fortsetzung der Diskussionen, die hier noch nicht beendet werden konnten.



Georg Boomgaarden

Geboren in Emden, studierte Boomgaarden Geophysik und trat dann in den höheren Auswärtigen Dienst ein. Sein erster Auslandseinsatz führte ihn als Kulturreferent an die deutsche Botschaft in Moskau. Nach einer Station in Buenos Aires war er zwischen 1983 und 1989 Referent und Referatsleiter in Bonn, wurde 1989 als Botschafter nach Nicaragua berufen, leitete zwischen 1992 und 1995 den Wirtschaftsdienst der Botschaft in Moskau und arbeitete anschließend als Referatsleiter südliches Lateinamerika und Beauftragter für Lateinamerikapolitik. Von 2003 bis 2005 war Boomgaarden Botschafter in Madrid; seit Juli 2005 ist er Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.



Claude Martin

Claude Martin wurde in Saint-Germain-en-Laye geboren und trat bereits mit 24 Jahren als Legationsrat in das französische Außenministerium ein. Er war unter anderem Fachberater für europäische Angelegenheiten für verschiedene Außenminister, Leiter der ministerialen Abteilung für Asien/Ozeanien, Botschafter in Peking und stellvertretender Generalsekretär des Außenministeriums. Seit 1999 ist Claude Martin französischer Botschafter in Deutschland.



Marek Prawda

Aus Kielce stammend, studierte Marek Prawda an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig und promovierte 1984 in Warschau im Fach Soziologie. Er arbeitete im Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, war in den 1990er Jahren Erster Botschaftssekretär an der polnischen Botschaft in Deutschland und später Direktor der Abteilung für Westeuropa im Außenministerium. Zwischen 2001 und 2005 vertrat er sein Land als Botschafter in Schweden; seit September 2006 ist er polnischer Botschafter in Deutschland.



Jürgen Vietig

Jürgen Vietig studierte in München, Krakau und Berlin und volontierte beim RIAS Berlin. Er arbeitete unter anderem für den Südwestfunk, die Süddeutsche Zeitung und den Deutschlandfunk, bis er 1994 als ARD-Korrespondent nach Warschau ging. Seit 1999 ist er Leiter der Parlamentsredaktion von Deutsche Welle-tv in Berlin.

Podiumsgespräche des
Deutschen Polen-Instituts Darmstadt
Heft 8

Herausgegeben
vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt e. V.
Redaktion: Bettina-Dorothee Mecke, Peter Oliver Loew

Gefördert vom Auswärtigen Amt

Fotos: Hajo Zylla
Graphic Design: Regina Schüle
Herstellung: Ph. Reinheimer GmbH Darmstadt
Darmstadt 2007

ISSN 1612-3808